

„Totalitärer Liberalismus“ – Widerspruch in sich oder politischer Irrweg?

von Wilfried Böhm MdB a.D.

„Political Correctness“ als Gesinnungsdiktatur

„Demokratie“ und „Liberalismus“ gelten gemeinhin als bedeutungsähnlich, „demokratischer Liberalismus“ erscheint als eine Tautologie, ähnlich einem „weißen Schimmel“ oder einem „schwarzen Rappen“. Hingegen gilt „totalitärer Liberalismus“ für weite Teile der politischen Wissenschaft, Bildung und Publizistik als ein Widerspruch in sich. Bezeichnet doch der Begriff „demokratischer Liberalismus“, wie Karl Dietrich Bracher feststellt „die Grundanschauung einer freiheitlichen pluralistischen Demokratie überhaupt: ein politisch wie ideell umfassenderes Verständnis, das konservative wie auch sozial-demokratische Tendenzen und Schichten einschließen konnte und den Gegenbegriff zur Autokratie und Diktatur, zu autoritären und absolutistisch-totalitären Bewegungen und Systemen bildete“ (in: „Wendezeiten der Geschichte“, Stuttgart, 1992, S. 137). Im zu Ende gegangenen Jahrhundert geriet der individualistische Liberalismus zwischen die Mühlsteine der beiden kollektivistischen Totalitarismen des Kommunismus und des Nationalsozialismus, von denen er als ihr Feindbild entweder mit dem „imperialistischen Kapitalismus“ oder der „Plutokratie“ gleichgesetzt wurde.

Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus trug der Liberalismus als ideologische Kraft von Amerika aus den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Europas, soweit es nicht dem direkten Zugriff Moskaus und seines Kommunismus ausgeliefert war. Er trug ideell die eigene Verteidigung, und, soweit dafür notwendig, die Bemühungen zur Eindämmung des Kommunismus. Das führte dazu, daß der Liberalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur vorherrschenden Ideologie wurde und bis heute im politischen Bereich auch von Parteien verinnerlicht wird, die sich christlich-demokratisch oder sozialdemokratisch nennen. Darum wird allgemein der Liberalismus als Antipode zu jeder Art von Totalitarismus verstanden, so daß ein „totalitärer Liberalismus“ als absurd erscheinen muß.

Der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Kommunismus brachte die Blamage und Entzauberung seiner Ideologie mit sich. Das führte zur beherrschenden Stellung der liberalen Ideologie und verführte ihre Träger dazu, sich als eine Art „Gutmenschen“ im Besitz der alleinigen Wahrheit zu wähnen und mit Arroganz und Selbstgerechtigkeit ihre eigene Wirklichkeitswahrnehmung mehr und mehr einzuschränken. Klaus Hornung verwies darauf, daß sich die Ideologisierung in Politik und Wissenschaft seit dem Fall der Mauer wieder verstärkt habe. (Hornung: Das totalitäre Zeitalter, Bilanz des 20. Jahrhunderts, Berlin, 1993).

Der Begriff der Political Correctness, der aus den Vereinigten Staaten kam, und vom Ursprung her Minderheiten schützen sollte, sei insbesondere in Deutschland totalisiert worden und habe die Bedeutung von „moralischer Korrektheit“ bekommen. Das habe mit sachlicher und intellektueller Korrektheit nichts zu tun, „sondern viel mit Gesinnungsdiktatur“. Wenn beispielsweise vor drei Jahren 70 Prozent der deutschen Bevölkerung die fortdauernde Einwanderung von Asylanten ablehnen, Politik und Medien sich aber gleichzeitig über den Willen des Volkssouveräns hinwegsetzen und zugleich das Institut für Demoskopie Allensbach ermittelt, daß 61 Prozent der Deutschen (66 Prozent im Westen, 42 Prozent im Osten) angeben, Asylanten seien ein „heikles Thema, bei dem man sich leicht den Mund

verbrennen kann, wenn man darüber spricht“, dann bestätigt dieser „deutsche Sonderweg“ den Hinweis Hornungs auf eine „Gesinnungsdiktatur“.

„Diktatur“ und „Totalitarismus“ unterscheiden sich dadurch, daß eine Diktatur die von ihr beherrschten Menschen unterwerfen will und Gehorsam von ihnen verlangt, der Totalitarismus will jedoch darüber hinaus missionarisch und militant einen „neuen Menschen schaffen“, der seinem ideologischen, totalitären Leitbild entspricht und innerlich der jeweiligen Ideologie (möglichst freudig und mit einer Art religiösem Eifer) zustimmt.

Dwight Macdonald:

„New Yorker“ Essayist mit Ironie und Witz

Wie der Begriff der Political Correctness aus den Vereinigten Staaten kam, so auch die Bezeichnung „totalitär-liberal“. Sie wurde dort am Ende des Zweiten Weltkrieges zuerst von Dwight Macdonald (1906 – 1982) gebraucht, um bestimmte linkslastige, sozialistische und sowjetfreundliche Entwicklungen zu kennzeichnen. Darauf aufmerksam gemacht hat Francois Furet in seinen philosophisch-historischen Betrachtungen über den Kommunismus im 20. Jahrhundert („Das Ende der Illusion“, Deutsche Ausgabe bei Piper, 1996,S.534). Furet berichtet, der amerikanische Politikwissenschaftler Macdonald, habe im August 1945 in seiner Zeitschrift „Politics“ den Beitrag: „What is totalitarian Liberalism?“ veröffentlicht und diesen später in seine Schriften „Memories of a Revolutionist. Essays in Political Criticism“ (New York, 1957, S. 202) und „The Responsibility of People and other Essays in Political Criticism“, London, 1957) aufgenommen. Furet sah in Macdonald einen „der intelligentesten Beobachter dieser Zeit“ (also der vierziger bis sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) bescheinigt ihm überdies , daß er „in einer unglücklichen Liebe zur extremen Linken Amerikas befangen“ gewesen sei. Der in New York City geborene, in Yale graduierte Kritiker Macdonald wirkte als Journalist und war von 1951 bis 1971 Mitglied der Redaktion des „New Yorker“. Seine Essays und die politischen, sozialen sowie literarischen Kritiken des, wie es heißt, „links“ orientierten und engagierten Journalisten waren für ihren ironischen Witz bekannt. Er veröffentlichte häufig zu politischen Streitfragen und kämpfte zum Beispiel energisch gegen den Vietnam-Krieg.

In seinem erwähnten Beitrag „What is totalitarian Liberalism?“ ortete Macdonald diesen „totalitären Liberalismus“ in den beiden Zeitschriften „New Republic“ und „The Nation“. Vergleichend stellte er beide journalistischen Kollegen nebeneinander und beschrieb sie väterlich-liebevoll wie folgt: „Zwischen beiden gibt es allerdings einen wahrnehmbaren Unterschied. ‚The Nation‘ ist intellektuell unschärfer, naiver und ‚idealistischer‘ als ihre Kollegin, sie nimmt etwa die gleiche Position gegenüber den ‚Großen Drei‘, ‚dem großen Experiment des Genossen Stalin‘ und dem Zweiten Weltkrieg ein, aber sie verrät liberale Grundsätze mit jungfräulicher Unschuld, einem gutmenschlichen Enthusiasmus, der dem kühleren und kultivierteren Ton der ‚New Republic‘ fremd ist. Dabei scheinen die Herausgeber des letztgenannten Magazins bewußt zu einer ‚totalitär-liberalen‘ Philosophie gefunden zu haben, welche die Herausgeber von ‚The Nation‘ vorderhand zurückweisen (wobei sie ständig gezwungen sind, sie in der Praxis und ohne System anzunehmen). Als Ergebnis druckt ‚The Nation‘ manchmal ehrliche Artikel und hat noch einen Spalt für den Einfluß der Realität offengelassen, wohingegen ‚The New Republic‘ beinahe hermetisch gegen kritischen Protest abgeschottet ist. Ein weiteres Ergebnis ist, daß ‚The New Republic‘ intellektuell das bessere Magazin ist, ebenso, wie ‚The Nation‘ das moralisch höherstehende ist.“

Mehr als ein halbes Jahrhundert später ist es reizvoll, diese Maßstäbe Macdonalds an politisch korrekte Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland wie „Die Zeit“, „Der Spiegel“, „Stern“ über die „Woche“ bis zur „Süddeutschen Zeitung“ und „Frankfurter Rundschau“ sowie zur „Taz“ anzulegen, um in der Medienlandschaft den jeweiligen totalitär-liberalen Impetus zu erkennen, mit dem sie an historische und aktuelle politische Vorgänge und Ereignisse herangeht. Weite Teile der veröffentlichten Meinung in Deutschland – nicht nur der Presse – folgen diesen Mustern der Meinungsbildung.

„Totalitär-liberales Denken“: demonstriert an drei Zitaten

Macdonald beginnt seinen Beitrag mit der Fragestellung: „Menschen fragen oft, was der Begriff „totalitärer Liberalismus“ bedeutet. Er klingt wie ein einfaches Schimpfwort. Er hat jedoch eine feste Bedeutung, die in den folgenden Beispielen „totalitär-liberalen“ Denkens angedeutet wird, welche neueren Ausgaben der „New Republic“ entnommen wurden“. Sodann folgen drei Zitate aus den Monaten April und Mai 1945 zu den Themen: (1) Zwangsarbeit, (2) „Kollektivschuld“ und (3) „Rolle der Großmächte“, in denen er den „totalitären Liberalismus“ erkennt. Diese Zitate analysiert Macdonald in den daran anschließenden sechs Punkten.

1. Zitat „New Republic“ (Thema: „Zwangsarbeit“):

„Worte sollten uns nicht einschüchtern. Zwangsarbeit ist nicht immer Sklavenarbeit. Zwangsarbeit wird nur dann Sklavenarbeit, wenn sie zum Zwecke der Bereicherung von Privaten (Menschen und Gruppen) eingesetzt wird. Aber Zwangsarbeit ist keine Sklaverei, wenn sie in kritischen Momenten im Leben einer Nation im Interesse der Gesellschaft eingesetzt wird. Es ist natürlich wahr, daß der Gebrauch von Zwangsarbeit das Problem der Sozialordnung in aller Schärfe hervortreten läßt. Aus dieser Sicht wird die Zwangsarbeit der Sowjetbürger und auch der deutschen Arbeiter in der UdSSR, wo alle Arbeit im Dienste der Gesellschaft verrichtet wird, sehr effektiv sein.“

(A. Yugow, „Shall German Labour Rebuild Europe?“, *The New Republic*, 7. Mai 1945)

2. Zitat „New Republic“ (Thema: „Kollektivschuld“)

„Tatsachen bedeuten den Deutschen nicht viel. Sie leben in einer Welt der Irrealität, geformt nach ihrem Wunschdenken, ihrer Ideologie. ... Nazi-Erziehung verstärkte diese Einstellung dadurch, daß sie unter Androhung von Strafe jeden Versuch unabhängigen politischen Denkens zunichte machte. ... Hitler kannte seine Deutschen und wußte, wie er sie beeinflussen konnte... Unser Ansatz muß es sein ... (den Deutschen) die Wahrheit einzuhämmern, daß es Deutschland war, welches den Krieg begann und die gesamte Menschheit in unaussprechliches Elend stürzte – die Deutschen, nicht die „Juden“ oder die „Bolschewiken“ oder die „Plutokraten“ oder die „britischen Imperialisten“. ... Man muß ihnen ständig die einfache Tatsache ihrer kollektiven Schuld vor Augen halten. Wie Hitler sagte: „Die brillianteste Propagandatechnik wird keinen Erfolg zeitigen, wenn nicht das Grundprinzip ständig und mit unentwegter Aufmerksamkeit im Kopf behalten wird: sie muß sich auf einige wenige Punkte beschränken und sie immer und immer wiederholen...“ Wir dürfen nie vergessen, daß unsere Propaganda – oder unsere erzieherischen Anstrengungen – auf Deutsche gerichtet sind, nicht auf Amerikaner.“

(„Alfred Kantorowicz, „The OWI in Germany“ : *The New Republic*, 14. Mai 1945)

3. Zitat „New Republic“: (Thema: „Die Rolle der Großmächte und die kleinen Staaten“)

„Neuerdings wird mit zunehmender Häufigkeit lautstarker Protest darüber erhoben, daß der in Dumbarton Oaks entworfene Plan für eine Organisation für internationale Sicherheit ein System institutionalisiert, in dem die sogenannten „kleinen Staaten“ den Großmächten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. ... Der Punkt, der wirklich zur Debatte steht, ist jedoch nicht die Fähigkeit der Großmächte, in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Staates einzugreifen, sondern der weise Gebrauch der Interventionsmacht, sobald die Innenpolitik eines kleinen Landes den Frieden zu gefährden scheint. ...

Ein aufrichtig demokratisches und friedliches Land braucht die Intervention einer gutmeinenden Großmacht nicht zu fürchten. Die jüngsten Wahlen in Finnland sind in dieser Verbindung von Interesse. Der Punkt, der dabei auf dem Spiel stand, war Finnlands Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Rußland. Einige Tage vor den Wahlen hatte Präsident Paasikivi sein Volk gewarnt, daß „neue Männer in das Unterhaus gewählt werden müssen, anstelle derer, die während der letzten Jahre die falsche Politik verfolgt haben“, so daß „eine Politik der Zusammenarbeit verfolgt werden kann, die Vertrauen in die Sowjetunion und die anderen Vereinten Nationen wecken wird.“ Das finnische Volk nahm sich seinen Rat zu Herzen. Die neue pro-sowjetische Demokratische Union gab eine entschiedene Demonstration ihrer Stärke. ...

Was wäre passiert, wenn die Wahl die anti-demokratischen und antisowjetischen Kräfte gestärkt hätte? Sie war sicherlich ein Test der Ernsthaftigkeit einer Großmacht, die Resultate einer freien Meinungsäußerung eines Volkes zu respektieren. Die „Prawda“ stellte die Alternative am 12. Mai schonungslos dar, als sie sagte, daß „unter den gegenwärtigen Umständen die Wahlen in Finnland nicht als Finnlands ausschließlich innere Angelegenheit angesehen werden können.“ Mit andern Worten kann keinem Land, ob groß oder klein, gestattet werden, jede Regierung zu haben, die ihm gefällt. So wie es die Verantwortung der großen Staaten ist, ihre Macht in ihren Beziehungen zu kleinen Staaten weise einzusetzen, so sind letztere gleichermaßen verpflichtet, ihre inneren Angelegenheiten in einer Weise zu betreiben, die das Vertrauen der Großmächte erweckt.

(Leitartikel : „On War and Politics“, The New Republic, 2. April 1945)

Macdonalds Analyse:

Zu diesen drei Zitaten stellt Macdonald fest: „Aus diesen drei Texten können einige Grundelemente des „totalitären Liberalismus“ generalisiert werden:

1. Prinzipien beugen sich den Umständen.

Hier finden wir das Eintreten für antiliberale politische Verfahrensweisen, um zu praktischen Lösungen zu kommen. Die „Praktikabilität“ liegt nicht im Einflußbereich menschlicher Lösungen, sondern in dem der bestehenden Machtstruktur. Sklaverei läuft liberalen Grundsätzen zuwider, außer, wenn sie „im Interesse der Gesellschaft“ gebraucht wird. Die „Interessen der Gesellschaft“ erscheinen dabei zunächst als Grundprinzip (wie sehr auch immer einer Diskussion zugänglich), das sich aber bei eingehender Betrachtung dahingehend enthüllt, daß die Interessen des bestehenden Staatensystems der Vereinten Nationen, besonders die Rußlands, gemeint sind.

Hitlers Gebrauch von Zwangsarbeit soll nicht darunter subsumiert werden. Ebenso läuft irrationale Demagogie dem Liberalismus zuwider, aber, wenn es darum geht, mit den Deutschen umzugehen, ist der Gebrauch von Hitlers Propagandamethoden zulässig. Das führt uns zu

2. Ein doppelter Standard politischer Ethik wird angewendet.

„Wir“ können ohne Strafe und sogar mit (amtlicher) Genehmigung Dinge tun, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit dann sind, wenn „sie“ sie tun. Sklavenarbeit, Demagogie und imperialistische Beherrschung kleiner Staaten stinken in den Händen der Nazis in den Himmel, aber verströmen Wohlgeruch in den unseren.

3. Wirkungsvolle Macht bringt ihre eigene Rechtfertigung: schwach zu sein ist das einzige unverzeihliche Verbrechen.

An dieser Stelle ist das Zitat Nr. 3 besonders verblüffend. Die Großmächte haben „Rechte“ (die „weise“ anzuwenden sie ermahnt werden), die kleineren (Staaten) haben „Verantwortungen“. Selbst wenn wir diese Gewichtung akzeptieren, wer soll dann bestimmen, wann die Großen ihre Rechte „weise“ ausüben und wann die kleinen Fische ihren Pflichten gemäß handeln? Es wird den Großmächten nicht nur überlassen, zu entscheiden, wann die Innenpolitik (wohlgemerkt: die Innenpolitik) eines kleinen Landes „den Frieden gefährdet“; auch werden keine Richtlinien festgelegt, gemäß derer die Großmächte sich leiten lassen sollen; ihr einziger Maßstab soll es tatsächlich sein, ob die politischen Verfahrensweisen der kleineren Mächte „ihr Vertrauen erwecken“. Aber was, wenn, sagen wir, Schweden kein Vertrauen gegenüber Rußlands Innenpolitik verspürt, weil es fühlt, daß diese undemokratisch und friedensgefährdend ist? Es fällt nicht schwer, sich die Reaktion der Herausgeber der „New Republic“ in einer solchen Lage vorzustellen, ebensowenig wie die Stalins. Er würde sofort „sein“ Vertrauen in Schweden verlieren, so wie Hitler „sein“ Vertrauen in die Tschechoslowakei, Polen, Holland usw. verlor. Wenn „Vertrauen“ der Maßstab ist, fällt es schwer zu erkennen, warum die „New Republic“ sich so über Nazi-Deutschland aufregt; und wenn die Herausgeber antworten, daß die Nazis bestimmte allgemeine Prinzipien verletzt hätten, dann könnte man fragen, warum sie sich nicht mehr auf diese Prinzipien berufen.

4. Abstrakt gesagt: Die Form ist liberal, der Inhalt ist totalitär.

Sklavenarbeit, Nazi-Propagandamethoden und der Imperialismus werden jeweils im Namen des gesellschaftlichen Fortschritts, der demokratischen Umerziehung und des Weltfriedens gerechtfertigt.

5. Konkret gesagt: Sowjetrußland ist die Quelle aller politischen Tugend.

Wir haben hier einen Staat, dessen Regierungssystem so demokratisch, fortschrittlich und friedliebend ist, daß es Sklavenarbeit in „Dienst an der Gesellschaft“ verwandeln kann und für seine Hingabe an den Frieden und die Demokratie gepriesen wird, wenn er in die Wahlen eines schwachen Nachbarn zu intervenieren droht.

6. Die Gesellschaft ist das Ziel, Menschen sind das Mittel.

Deshalb gibt es keine Rücksicht auf die Menschenrechte (oder die von Staaten), auf unparteiische Justiz oder die Freiheit des Individuums, sondern nur auf die effektive

Fortführung der bestehenden Sozialsysteme. Die Herausgeber (der New Republic) loben das finnische Volk nicht dafür, daß es Fortschritte hin zu einem reicheren demokratischen Leben gemacht hat, sondern dafür, daß es „Vertrauen“ bei seinem großen imperialistische Nachbarn geweckt hat, indem es Moskau freundliche Volksvertreter gewählt hat. Und Yugov (Autor von Zitat 1) benutzt die Effizienz sowjetischer Zwangsarbeit tatsächlich als ein Argument für deren Unterstützung.“

Die neue Gefahr

Soweit Macdonald, der diese Zitate vor mehr als einem halben Jahrhundert gesammelt und mit dem Ergebnis analysiert hat, daß auch der Liberalismus in mannigfaltiger Weise der totalitären Versuchung ausgesetzt ist. Macdonalds Ergebnisse erhellen nicht nur politische Entwicklungen und ihre intellektuellen Beurteilungen, die eine nicht unwesentliche Rolle in der Roosevelt-Ära spielten und seitdem die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis in die aktuelle Gegenwart beeinflussen. Sie sind rückblickend für deren Verständnis von erheblicher Bedeutung, sollten aber auch in die Zeit nach dem Zusammenbruch beider kollektiver Totalitarismen und in Zukunft wohl beachtet werden: von der Einschätzung von Zwangsarbeit und Kollektivschuldthesen bis zum politisch-militärischen Handeln auf dem Balkan, in Tschetschenien und vielen anderen Stellen der Welt.

Nach dem Ende zweier verhängnisvoller totalitärer Herrschaftssysteme auf deutschem Boden mit ihren schlimmen materiellen und geistigen Folgen ist es in Deutschland in ganz besonderem Maße geboten, neue Gefährdungen aufzuspüren, die im Gewand der totalitär-liberalen Political Correctness und in Verbindung mit einem antifaschistischen Ideologiestaat erwachsen können. Es war Klaus Hornung, der auf den großen Analytiker der frühen Vereinigten Staaten Alexis des Tocqueville hingewiesen hat, dessen Beschreibung des Gegensatzes von „Freiheit“ und „Gleichheit“ als „zwei entgegengesetzten Bewegungen“ deutlich gemacht habe, daß als Ergebnis der Aufklärung des 18. Jahrhunderts liberal-freiheitliche und „totalitäre“ Demokratie neben- und oft gegeneinander stünden. „Ein dezidiert sozialistisches Denken (gleichermaßen ob als National- oder International-Sozialismus) tendiert stets zum totalitären Pol der Demokratie“ (Hornung). Hier lauere die Gefahr, daß die freiheitliche Demokratie mit ihrem antitotalitären Grundkonsens in eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ transferiert werde, wobei die heute arrivierten sogenannten 68er ihre von Marxisten geschätzte Rolle der „nützlichen Idioten“ gern bewußt und unbewußt übernehmen.

Bei ihrem Kampf gegen die Freiheit finden die Apostel der Gleichheit immer wieder Kollaborateure. Albert Camus listete schon in seinem „Tagebuch 1951 bis 1959“ auf, was solche Kollaborateure gutheißen, verschweigen oder für unvermeidlich halten: die physische Vernichtung der russischen Bauernklasse, Millionen Insassen von Konzentrationslagern, politische Entführungen, beinahe tägliche Hinrichtungen hinter dem Eisernen Vorhang, Antisemitismus, Dummheit, Grausamkeit. Camus schließt: „Die Liste ist nicht vollständig. Aber sie genügt mir“. Auf Deutschland bezogen ist heute hinzuzufügen: Über vierzig Jahre SED-Terror und Zwang durch Stasi-Herrschaft und Polit-Justiz, viele Tote durch Mauerbau mit automatischen Tötungsanlagen und Minenfeldern quer durch Deutschland, Millionen „Republikflüchtlinge“, unzählige individuelle und kollektive Freiheitsberaubungen, Zerstörung der Lebenschancen von Millionen deutscher Menschen und ein zwangswirtschaftliches Wirtschaftssystem. Das alles geschah im Zeichen jenes „Antifaschismus“, der zugleich als Verlockung zur Kollaboration im Rahmen des „Wandels durch Annäherung“ diente. „Antifaschismus“ war Herrschafts- und Agitationsinstrument zugleich. Auch heute, nach dem offensichtlichen moralischen, wirtschaftlichen und

politischen Scheitern des Marxismus wird dieser „Antifaschismus“ zur Rückkehr in die Geschichte erneut instrumentalisiert.

Rechts-links Schubladisierung

Hinzu kommt, daß im politischen Alltag Deutschlands die zweihundert Jahre alten, zutiefst reaktionären Begriffe „links“ und „rechts“ zu einer Schubladisierung geführt haben, die geradezu groteske Züge angenommen hat, obwohl sie zur Orientierung in einer vom Internet und Globalisierung geprägten Zeit absolut untauglich sind. Im zu Ende gegangenen Jahrhundert diente sie den totalitären Massenbewegungen als Schlagwaffen, um sich selbst voneinander abzugrenzen. Dabei sortierten sich viele Nationalsozialisten selbst „links“ ein, um ihre sozialistische Herkunft zu betonen. Ihr Chefpropagandist Josef Goebbels bezeichnete den von ihm ausgerufenen „Totalen Krieg“ als „sozialistischen Krieg des ganzen Volkes“. Kommunisten und Sozialisten hingegen ordneten die Nationalsozialisten „rechts“ ein und nannten sie „Faschisten“ oder „Nazis“, um diese verbal vom Sozialismus zu trennen. Mit Haß und Gewalt zerstörten in unheiliger Allianz Kommunisten und Nationalsozialisten die erste Deutsche Republik, beide unter der roten Fahne, auf der die einen Hammer und Sichel, die anderen das Hakenkreuz zeigten. So unsinnig die Rechts-Links Schubladisierung auch ist, sie beherrscht die politische Realität. Sie ist gewissermaßen „amtlich anerkannt“ und wird von allen praktiziert, die über die Deutungshoheit in den Medien verfügen. Es ermöglicht, alle in den europäischen Traditionen verwurzelten Konservativen christlicher, liberaler, nationaler und sozialer Prägung als „Rechte“ politisch zu kriminalisieren, indem sie in die Nähe brutaler Glatzköpfe und Extremisten gerückt werden, die zu bekämpfen für alle Demokraten selbstverständlich sein sollte.

Die Unionsparteien wiederum lassen sich zu einem Tanz um die „Mitte“ zwingen, die sich doch nur aus dem Vorhandensein von „Links“ und „Rechts“ überhaupt erklären läßt. Der groteske „Mittismus“ der sogenannten Volksparteien erhielt kürzlich eine neue Variante, als die SPD erklärte, „in Deutschland sei die Mitte rot“. Das kann nur bedeuten, daß sich die Sozialisten selbst zur „Mitte“ erklären, um die Unionsparteien als „rechts“ zu denunzieren. Im „Kampf gegen Rechts“ werden alle, die nicht „links“, sprich sozialistisch sind, zum Gegner im „antifaschistischen Kampf“ nach dem Muster: „Wer rechts ist bestimmen wir“. Diese perfide Strategie unterstellt, daß der nationalsozialistische Teufel mit dem kommunistischen Beelzebub ausgetrieben werden könne und nimmt in Kauf, die Kommunisten in einer Art „Volksfront“ an die Macht zu bringen, was genau das Ziel derjenigen ist, die sich von SED in PDS umgetauft haben, ohne deren personelle und materielle Strukturen wirklich aufzulösen. Nach wie vor ist für sie der „Antifaschismus“ die erste Stufe zum Sozialismus. Das Rechts-links-Schema leistet dem Vorschub. Es ist zutiefst reaktionär und soll die wahre Alternative verschleiern, die „Freiheit oder Sozialismus“ lautet, gleichgültig ob dieser in seiner roten oder braunen Version auftritt.

Totalitäre Gefahren für Deutschland

Totalitär-liberale Political Correctness in Verbindung mit dem antifaschistischen Ideologiestaat sind eine reale Gefahr für den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat Deutschland. Einen deutschen Sonderweg nach dem Motto: „Die Form ist liberal, der Inhalt totalitär. Die Gesellschaft ist das Ziel, Menschen sind das Mittel,“ wie Macdonald solche Tendenzen für seine Zeit in seinem Land entdeckt und treffend beschrieben hat, sollte es im neuen Jahrhundert in Europa nicht geben, das von zwei sozialistischen Totalitarismen in einem Jahrhundert erschüttert worden ist.

Macdonald ließ sich bei seiner Analyse der Praxis durch die liberale Form nicht darüber hinweg täuschen, daß der dogmatischen Ansatz des Liberalismus in Amerika, sein Inhalt also, gleichermaßen totalitäre Züge hat wie der Sozialismus. Das mag in Amerika, wo für den Sozialismus ideologiestaatliche Mächte nicht mobilisiert werden können und ein breiter, spontan organisierbarer Konservatismus lebendig ist, mehr oder weniger gefahrlos sein. In Deutschland, wo nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ eine systematische ideologische Auseinandersetzung mit seiner Theorie und Praxis unterblieben ist und zugelassen wurde, daß seine parteipolitischen Träger durch einfaches Auswechseln des Namensschildes organisiert weiter existieren konnten, ist diese Gefahr wesentlich größer. Durch Koalitionen mit der SPD sind sie im Begriff, mehr und mehr an die Schreibtische der staatliche Macht zurück zukehren und ein ideologiestaatliches Potential zu bilden, das gewiß die totalitär- liberale Political Correctness beim „Kampf gegen Rechts“ zu nutzen wissen wird.

Wilfried Böhm, Jahrg. 1934, Dipl. Volkswirt, Engagement für die DP, seit 1960 in der CDU, 6 Jahre MdL in Hessen, dann 22 Jahre MdB (bis 1994) langjähriges Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates und deren Ehrenmitglied; langjähriger stv. Vorsitzender der christlich-demokratischen Fraktion der EVP. Freier Publizist.